

Presseerklärung der Bürgerinitiative Gegenwind Rödernsche Heide

zum Treffen von Sachsens Ministerpräsidenten Stanislaw Tillich mit Vertretern der BI am 17. Juli 2012 in Königsbrück

Stanislaw Tillich: Landesregierung hat bisher keine verbindlichen Vorgaben für den regionalen Planungsverband gemacht

Am Dienstag, dem 17. Juli 2012 trafen Vertreter der BI Gegenwind Rödernsche Heide Ministerpräsident Stanislaw Tillich in seinem Wahlkreisbüro in Königsbrück. Der MP nahm sich 45 Minuten Zeit, um die tiefen Sorgen und die Fragen der Bürger aus dem unmittelbaren Umfeld des geplanten Windparks nahe Radeburg anzuhören und seine Sicht auf die Planungen intensiv mit ihnen zu diskutieren.

Im Verlauf des Gespräches wurde deutlich, dass es bisher weder Entscheidungen zur Planung, noch zum konkreten Vorhaben in der Rödernschen Heide gibt. Zudem stellte der MP klar, dass die Landesregierung bisher keine konkreten und verbindlichen Vorgaben für den regionalen Planungsverband gemacht hat. Tillich erläuterte, dass gegenwärtig der Landesentwicklungsplan aus dem Jahr 2003 gilt und dass es bisher keine Entscheidung zum neuen Entwurf gibt. Insofern entbehrten Bezugnahmen auf einen neueren Planentwurf jeglicher Grundlage. Einer Errichtung von Windkraftanlagen im Wald und nahe von Siedlungen steht auch Stanislaw Tillich offenbar sehr kritisch gegenüber.

Günter Mielke, Heinrich-Thielsch Sachse und Klaus Haupold nutzten die Begegnung und erläuterten dem Ministerpräsidenten das Plangebiet "Rödernsche Heide" anhand einer Karte. Zudem übergaben sie ihm ein Positionspapier der Bürgerinitiative und ein Dossier mit Forschungsberichten zu den Gesundheits-Risiken durch Infraschall, wie er im Umfeld von Windkraftanlagen auftritt.

Die Vertreter der lokalen Bürgerinitiative verließen das Treffen mit einer gewissen Erleichterung. Sie wissen nun, dass Vorgaben der Landesregierung, insbesondere des Innenministeriums, offenbar nicht Auslöser der Planung für den Windpark "Rödernschen Heide" waren. Bisher hatten Verwaltung und Politik dies den Bürgern gegenüber immer wieder erklärt. Zwar sind damit die Planungen des Regionalen Planungsverbandes noch nicht vom Tisch. Klaus Haupold von der Bürgerinitiative machte das Treffen aber Mut: "Ich hoffe sehr, dass künftig die Sorgen und Argumente der berührten Landbevölkerung gehört und in der Abwägung ernst genommen werden."

Insgesamt 2400 Bürger hatten sich im Frühjahr an einer Unterschriften-Sammlung beteiligt und gegen die Ausweisung eines gigantischen Windparks im Wald nachdrücklich protestiert.

Den Anstoß für dieses Treffen hatte ein Diskussionsbeitrag von Günter Mielke auf der CDU-Regionalkonferenz Anfang Juni in Bernsdorf (Oberlausitz) gegeben. Günter Mielke referierte dort als Sprecher der Landsenioren Sachsen zum Thema "Heimat Sachsen - Unsere Wurzeln und Werte".